

Blasse Ringe

Olympia Zu teuer. Zu großes Risiko. Nicht nachhaltig. Das IOC und sein Präsident Bach müssen sich umstellen, damit die Spiele nicht zum Ladenhüter werden.

Mario Monti, 73, ist ein weitsichtiger Mann. Der Professor für Wirtschaftswissenschaften aus Mailand war viele Jahre lang EU-Kommissar. Vor fünf Jahren – Monti war zu der Zeit gerade Ministerpräsident Italiens – beendete er die Kandidatur Roms als Gastgeber für Olympische Spiele. Man müsse jetzt vernünftig sein, sagte Monti seinen Landsleuten, Olympia stelle ein „unverantwortliches Risiko“ dar.

Monti war seiner Zeit einige Jahre voraus. Rom nahm zwar die Bewerbung für Olympia 2020 zurück, bewarb sich wenig später aber erneut, diesmal für 2024.

Doch inzwischen hat Montis Standpunkt viele Millionen Menschen erreicht. Weltweit wächst der Widerstand der Vernünftigen. Innerhalb von vier Jahren stoppten Volksabstimmungen sechs Olympiabewerbungen: in München, Hamburg, im polnischen Krakau, in Wien und zweimal im Schweizer Kanton Graubünden. Fünf weitere Bewerbungen wurden aus Einsicht und unter dem Druck der Bevölkerung eingestellt, bevor es zu Referenden kam: in Stockholm, Oslo, Boston – und zweimal in Rom, nachdem auch die Bewerbung für 2024 durchgefallen ist.

In dieser Woche kam Budapest hinzu. Eine Olympiaopposition hatte mehr als eine viertel Million Stimmen für ein Referendum gesammelt. Danach kapitulierte Ministerpräsident Viktor Orbán. Nach dem Ausstieg der ungarischen Hauptstadt bleiben für die Olympischen Sommerspiele 2024 lediglich die Kandidaten Paris und Los Angeles übrig.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) bestimmt auf seiner Session am 13. September in Lima (Peru) über den Olympiagastgeber. Schon bei der Vergabe der Winterspiele 2022 hatte sich das Feld bis auf zwei Bewerber – Almaty in Kasachstan und Peking – reduziert. Der Kanadier Richard Pound, dienstältestes IOC-Mitglied, forderte damals nach dem Rückzug von München und Oslo seine Kollegen und den deutschen IOC-Präsidenten Thomas Bach auf, den Bewerbungsprozess zu stoppen, die Eckpunkte zu überarbeiten und die Winterspiele 2022 neu auszuschreiben. Doch Bach lehnte den Antrag ab. „Er wollte wohl China nicht enttäuschen“, sagt Pound. Bach und seine IOC-Gefolgschaft verbreiten seither, das angebliche Reformprogramm, Bachs Agenda 2020, werde auch die Probleme der Olympiabewerbungen lösen.

Dabei ist die Agenda 2020 im Kern gescheitert. Es hat kosmetische Eingriffe am Vergabeprozess gegeben. Das IOC ist aber nicht bereit, die Geschäftsgrundlagen zu ändern. Olympia bleibt ein Franchiseprodukt: Der Franchisegeber und alleinige Besitzer der Spiele, das IOC, kassiert den Profit aus der Olympiavermarktung und reicht nur einen Teil an die Ausrichter weiter. Die Franchisenehmer, die Olympiagastgeber also, tragen das volle wirtschaft-

liche Risiko und stellen das IOC von un kalkulierbaren Belastungen frei.

Da sich nun auch für die Sommerspiele ein Kandidat nach dem anderen verabschiedet, soll eine sporthistorische Lösung her: In Lima könnte das IOC nicht nur die Spiele 2024, sondern auch die des Jahres 2028 vergeben. Bach hatte im Dezember davon gesprochen, dass der Wettbewerb um Olympia „keine Verlierer“ mehr produzieren solle. Damit wären die beiden verbliebenen Kandidaten, Paris und Los Angeles, bedient – es ist, als würden bei Olympia zwei Goldmedaillen vergeben. Das IOC gewönne Zeit, um Lösungen für die Zukunft des Mega-Events zu finden.

Bis vor einigen Jahren war das Interesse an den Spielen so groß, dass das IOC eine Vorauswahl traf und aus Bewerberstädten offiziell Kandidatenstädte machte, die dann in die Endrunde gingen. Inzwischen sind die Funktionäre froh, wenn sich überhaupt noch Bewerber für die blassen Ringe finden. Die Fotos aus Rio de Janeiro, wo schon ein halbes Jahr nach den Spielen 2016 Sportstätten wie das legendäre Maracanã zu Ruinen verkommen, und die Horrormeldungen aus Tokio verstärken das Dilemma.

In Tokio, Gastgeber der Sommerspiele 2020, haben sich die Kosten vervielfacht. Als das IOC Tokio vor gut drei Jahren zur Olympiastadt kürte, sollten die Spiele nicht mehr als 7 Milliarden Dollar kosten. Nach ihrem Amtsantritt ließ die neue Gouverneurin Yuriko Koike eine Studie zu den tatsächlichen Kosten erstellen. Das Ergebnis war desaströs: Plötzlich war von bis zu 30 Milliarden Dollar die Rede. Es folgten Krisengespräche und harte Verhandlungen mit dem IOC. Im Dezember legten die Japaner ein Olympiabudget in Höhe von 16,8 Milliarden Dollar vor. Koike ließ nicht locker. In dieser Woche warnte sie vor Gesamtkosten von 26 Milliarden. „Es ist einfach nicht nachhaltig, so riesige Summen für Olympische Spiele auszugeben“, folgerte sie.

Das IOC muss nun Frankreich und die USA überzeugen, auf den Deal der Doppelvergabe einzugehen. Beide Länder wollen die Sommerspiele 2024. Die Franzosen argumentieren, man könne aufgrund der komplizierten Immobilienlage nur die Spiele 2024 gewährleisten. Darüber ärgern sich die Amerikaner, sie unterstellen Paris unlauteren Wettbewerb.

Andererseits leiden die US-Bewerber derzeit unter den Auswirkungen des Trumpismus, sie sehen ihre Chancen schwinden. Los Angeles muss fürchten, vom IOC ähnlich abgewatscht zu werden wie New York (bei der Bewerbung für die Spiele 2012) und Chicago (2016), die bei den Wahlen den vorletzten und letzten Platz belegten. Dann wohl doch lieber erst Olympia 2028.

Jens Weinreich



Logo der Pariser Olympiabewerbung auf dem Arc de Triomphe: „Einfach nicht nachhaltig“